

05. Mai 2017, von Michael Schöfer

Anonymität bietet der Meinungsfreiheit auch Schutz

Unlängst hat ein Leser der Süddeutschen in einer Leserschrift als Rezept gegen Hasspostings den Verzicht auf die Anonymität empfohlen. "Nur mit vollem Namen sollte man sich im Internet öffentlich äußern dürfen. Dann würden sich die anonymen Schmierer nicht mehr trauen, ihren Schmutz im Internet abzuladen." Anonymität habe nichts mit Meinungsfreiheit zu tun.

Auf den ersten Blick einleuchtend, aber trotzdem zu kurz gedacht, denn die Anonymität kann der Meinungsfreiheit auch Schutz bieten. Ein Leiharbeiter bei Daimler beklagte sich vor kurzem in einem Interview des SWR über seine magere Bezahlung, anschließend durfte er nicht mehr an seinen Arbeitsplatz zurückkehren, obgleich er lediglich von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machte. Nachdem in der Öffentlichkeit ein Proteststurm losbrach, soll er angeblich wieder von seiner Leiharbeitsfirma bei Daimler eingesetzt werden. Aber eben erst nachdem das Ganze bekannt wurde.

Inzwischen ist es durchaus üblich, dass Arbeitgeber Bewerber googeln. Wenn es im Internet keine Anonymität gäbe, müssten viele auf die Äußerung ihrer Meinung verzichten, weil sie dann beispielsweise bei der Suche nach einem Arbeitsplatz Probleme bekämen, etwa im Fall von - keineswegs illegalen - kapitalismuskritischen Äußerungen. Der Verzicht auf die Anonymität kann folglich für die Meinungsfreiheit sogar gefährlich sein.